

## ELEKTROMOBILITÄT

# Markt bleibt bis Ende 2015 am Netz

Garmisch-Partenkirchen hält an dem Förderprojekt Elektromobilität fest – trotz der gestiegenen Kosten. Die Mehrheit der Gemeinderäte sieht in „e-GAP“ eine Chance für die Zukunft des Ortes. Deshalb fließt auch 2015 Geld. Doch dann ist eine neue Weichenstellung notwendig.

VON MATTHIAS HOLZAPFEL

**Garmisch-Partenkirchen** – Eine Zeitlang gehörten die Minis E zum Ortsbild von Garmisch-Partenkirchen. Einheimische und Urlauber konnten sie unkompliziert mieten. Es entstanden weitere Ladesäulen. Behörden bestellten erste Dienstwagen mit Elektro-Antrieb, und wer es sich leisten konnte, kaufte sich ein E-Bike oder wenigstens ein Pedelec. Inzwischen wertet BMW die rasanten Minis im Werk aus, dafür fahren nun Audis vom Typ A1 E-Tron und Elektroautos der Deutschen Bahn in der Region. Aber es gibt zu wenige sichtbare Zeichen in der Modellkommune Elektromobilität. Und eben das ist die Krux: Bei „e-GAP“ handelt es sich um ein Forschungs- und Entwicklungsprojekt – nicht um ein Programm für Autokäufer. „Es interessiert sich von Verbraucherseite fast niemand dafür“, sagte denn auch Gemeinderat Walter Echter (CSB) angesichts der geringen Verkaufszahlen von Elektroautos im Bundesgebiet. „Ich habe schon gezweifelt, ob wir auf dem richtigen Weg sind.“ Der Gemeinderat aber ist davon überzeugt: Mit mehreren Beschlüssen stellte er sich klar hinter das Projekt.

Das Bayerische Wirtschaftsministerium hatte Garmisch-Partenkirchen 2010 als

Modellkommune ausgewählt. Im Dezember 2011 übertrug der Gemeinderat die Koordination dem bestehenden Kompetenzzentrum für Sport, Gesundheit und Technologie. Doch erst im April dieses Jahres begann die Abrechnung jener Beträge, die der Markt überwiesen hat. Bürgermeisterin Dr. Sigrid Meierhofer (SPD) spricht von einer „Aufarbeitung“. Und die sei höchst aufwändig gewesen: „Es war kompliziert, das Kompetenzzentrum und „e-GAP“ zu tren-

nen“, sagt sie. Der Markt ist in beides eingebunden.

Noch ehe das Vorhaben gestartet ist, sind Kosten von zirka 36 000 Euro aufgelaufen. Während des Projektes summieren sich die Ausgaben für das Kompetenzzentrum auf etwa 50 000 Euro, heuer kommen rund 14 000 Euro hinzu. Macht zusammen 100 000 Euro, für die es zunächst keine Förderung gibt. Gleiches gilt für das Jahr 2015, für das der Markt 79 600 Euro reserviert. Einmütig fasste der Gemein-

derat die Beschlüsse dazu.

Gegen das Votum von Dr. Christoph Elschenbroich (parteilos) entschied das Gremium zudem, das Förderprojekt bis Ende 2015 fortzusetzen. Dafür spricht sich auch das Ministerium aus: Zu viele Vorhaben sind nicht vorher beendet. Zusammen mit dem Betrag, den der Gemeinderat bereits 2010 beschlossen hatte, könnte der Markt zwischen 340 000 und weit über 400 000 Euro in „e-GAP“ investieren – je nach dem, wie die Gesprä-

che um zusätzliche Zuschüsse des Freistaates ausfallen. „Sie nehmen Geld in die Hand, um das Projekt zu koordinieren. Sie nehmen Geld in die Hand, damit große Unternehmen hier tätig werden können“, fasste Dr. Christoph Ebert, Geschäftsführer des Kompetenzzentrums, zusammen.

Die Zukunft ist offen. Die Bürgermeisterin kündigt an, dass der Marktgemeinderat im Sommer nächsten Jahres darüber sprechen müsse. Meierhofer will den Kreis mit ins

Boot holen. „Das ist schlichtweg eine Nummer zu groß für uns“, meint auch CSU-Fraktionsvorsitzende Elisabeth Koch. „Aus meiner Sicht darf die Marktgemeinde das Projekt auch am 31. Dezember 2015 nicht beenden, denn dann geht’s erst richtig los mit der Umsetzung“, warb Ebert.

Aufgearbeitet hatte der Gemeinderat das Förderprojekt zuvor in einer langen Sitzung des Ältestenrates, in den Fraktionen und in einer über einstündigen nichtöffentlichen Debatte. Im öffentlichen Teil gab es wenige Nachfragen, etwa jene von Markus Bauer (CSU), wie viele Arbeitsplätze mit „e-GAP“ geschaffen worden seien. Bis jetzt seien es 30, erklärte Ebert. Um noch mehr zu gewinnen, müsse der Ort Voraussetzungen schaffen.

Ein Plädoyer für die Elektromobilität hielt Dr. Günther Steinebach. „Wir haben das Prädikat heilklimatischer Kurort. Da ist es von Nutzen, wenn wir Schadstoff-Ausstöße reduzieren“, betonte der CSU-Vertreter. Dem pflichtete Andreas Grasegger (BP) bei. Das Verkehrsaufkommen wachse, und er habe den Eindruck, dass die Luft nicht mehr so rein sei wie früher.

Eine „Riesenchance“ sieht Max Wank (CSU). Es bestehe die dadurch Möglichkeit, dass sich neue Unternehmen ansiedeln. Auch Kritik an den Kosten, die offenbar im nichtöffentlichen Teil laut geworden war, teilte er nicht. „Wenn ich zusammenrechne, was wir allein für den Kultursommer, Musik im Park und das Richard-Strauss-Festival jedes Jahr ausgeben, finde ich das nicht viel.“ Künftig gehe es um neue Formen von Mobilität. „Und wir sind vorne dabei.“ So sieht es auch Umwelt- und Mobilitätsreferent Dr. Stephan Thiel (Bündnis 90/Die Grünen): „Wir waren einer der Vorreiter mit dem Ort.“

